

14. Mehr Freiheit für die Erwachsenenbildung Zürich

Motion Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Sabine Wettstein (FDP, Uster) und Corinne Thomet (CVP, Kloten) vom 6. Juni 2016

KR-Nr. 188/2016, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Dieter Kläy: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Judith Stofer, Zürich, hat an der Sitzung vom 31. Oktober 2016 Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt. Der Rat hat heute über die Überweisung zu entscheiden.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Überall, wo der Kanton, im Speziellen der Regierungsrat, Verselbständigungsvorlagen vorgelegt hat, geschah dies zu Recht. Teils hat das Volk anders entschieden, weil im Abstimmungskampf mit falschen Tatsachen geflunkert wurde, neudeutsch heisst dies «Fake News». Bei den Verselbständigungsvorlagen sollten einerseits Rollenkonflikte für den Kanton vermieden, andererseits aber auch den Institutionen mehr unternehmerischer Handlungsspielraum ermöglicht werden. Ähnlich verhält es sich in der Weiterbildung. Auch hier tritt der Kanton als Betreiber auf und setzt gleichzeitig wesentliche Rahmenbedingungen fest.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der EB Zürich (*Berufsschule für Erwachsenenbildung*) in einem kompetitiven Markt auch längerfristig zu sichern, macht es Sinn, auch dieser Institution mehr Freiheit zu gewähren. Die Verselbständigung würde die Voraussetzung schaffen, damit sie über den notwendigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum in allen betrieblichen Belangen verfügt. In der Aus- und Weiterbildung Erwachsener sind Rollenkonflikte des Kantons nicht durch ein anderweitiges öffentliches Interesse zu rechtfertigen und daher zu bereinigen. Mit Blick auf einen möglichen geplanten Umzug in die Kaserne, wenn das überhaupt noch aktuell ist, scheint der Zeitpunkt ideal und versetzt den Kanton in die Lage, die Gewährleistung eines marktkonformen Angebotes mit den entsprechenden Leistungsvereinbarungen analog zu anderen Marktteilnehmern zu sichern.

Wir bitten Sie, diese Motion zu unterstützen. Danke.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und soll eine öffentliche Aufgabe bleiben. Die Schule für Erwachsenenbildung EB Zürich gibt es schon sehr, sehr lange. Sie macht sehr wichtige Arbeit in der Weiterbildung von Erwachsenen. Wir wollen, dass dies weiterhin eine staatliche Aufgabe bleibt, und sind absolut gegen die Privatisierung dieser Schule. Wir haben auch gesehen, so beim Lehrmittelverlag, wie schlecht es herauskommen kann, wenn der Staat etwas privatisieren soll. Wir haben da kein grosses Vertrauen in den Kanton und werden die Motion nicht überweisen.

Qëndresa Sadriu (SP, Opfikon): Schaut man sich den Titel der Motion an, so sieht dieser auf den ersten Blick nach etwas Gutem aus. Jedoch ist er, genauso wie die Forderungen und die Ausführungen der Motion, irreführend und gefährlich. Die Forderung, der Regierungsrat solle eine Verselbständigungsvorlage für die Erwachsenenbildung des Kantons Zürich vorlegen, ist nichts weiter als eine schleichende Privatisierung des Bildungs- und Weiterbildungsorgans unseres Kantons. Bereits seit geraumer Zeit werden den Lehrkräften Pensen gekürzt oder ihnen gekündigt. Die Umwandlung der Erwachsenenbildung im Kompetenzzentrum für berufsorientierte Bildung weist weiterhin schwammige Regelungen auf, ob nun verschiedene Angebote zur berufsorientierten Bildung gehören oder nicht. Eine Verselbständigung der Erwachsenenbildung bedeutet lediglich einen Ausbau von Privatisierungsversuchen und gleichzeitig bedeutet dies einen Abbau der Förderung und Unterstützung von Aus- und Weiterbildung, weil der Wettbewerb darunter ja nicht leiden soll. Verschiedene Förderangebote der Grundkompetenzen Erwachsener werden von der Erwachsenenbildung Zürich zu Preisen angeboten, welche der breiten Bevölkerung Aus- und Weiterbildung zugänglich machen. Vor allem in Zeiten wie diesen, Zeiten der Digitalisierung sind Weiterbildungen von grosser Bedeutung. Eine Verselbständigung der Erwachsenenbildung würde dazu führen, dass Pensen weiter gekürzt, mehr Lehrpersonen entlassen oder unter massivem Druck arbeiten würden und der Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Erwachsenen aller Gesellschaftsschichten deutlich schwerer greifbar werden. Es ist in unserer Verantwortung, öffentliche Bildung zu sichern, der breiten Gesellschaft die Möglichkeit zur Verfügung zu stellen, vor allem jetzt, wo der strukturelle Wandel rapide vorangeht. Gleichzeitig ist es unsere Pflicht, Arbeitsplätze zu sichern sowie faire Arbeitsbedingungen zu wahren.

Aus den genannten Gründen und Ausführungen ist die SP-Fraktion gegen die Motion.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich fühle mich zurückversetzt in Ratsdebatten, es ist sechs Jahre her, aber am Mittwochabend in diesem Saal (*Sitzungen des Gemeinderates der Stadt Zürich*). Damals ging es um die Stadtspitäler und die Argumentation war genau die gleiche wie diejenige, die wir jetzt gehört haben. Es wird alles schlecht werden, wenn wir das machen. Inzwischen wissen wir, es wurde alles schlecht, weil wir es nicht gemacht haben. Genau das ist passiert, was wir damals gesagt haben. Wir wollen nicht, dass es so endet mit der EB Zürich. Die EB erfüllt wichtige Funktionen, auch als Lückenfüller in Bereichen, wo Private keine Angebote haben. In vielen Bereichen bietet sie aber auch Kurse an, die von Privaten auch angeboten werden, zum Beispiel in meinem Geschäftsfeld, im Bereich der ICT (*Information and Communication Technology*). Und da ist sie harter Konkurrenz ausgesetzt, da spielt der Markt. Und da sind Mitbewerber da, die aktiv sind und die hart kämpfen. Um zu bestehen braucht die EB Zürich zwingend einen unternehmerischen Handlungsspielraum. Sie braucht Freiheit. Wenn wir die Freiheit nicht gewähren, dann wird es eben enden wie mit anderen Institutionen, denen man diese Freiheit nicht gegeben hat. Daneben geht es aber auch

um Governance-Fragen. Es geht nicht, dass der Kanton bei der EB Zürich zugleich Unternehmer, Auftraggeber und Regulator ist. Das ist eigentlich selbstverständlich und das sollte man auch aus linker Optik verstehen können. Mit einer Verselbständigung würden diese Rollenkonflikte entschärft.

Deshalb ist es klar: Wir haben die Motion eingereicht, wir unterstützen diese Forderung weiterhin. Besten Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Auch wir sehen hier, dass der Kanton eine sehr schwierige Doppelrolle zu bestreiten hat, zum einen als Betreiber und zum andern als derjenige, der die Rahmenbedingungen festsetzt. Das kann so nicht weitergehen und schadet auch der Erwachsenenbildung. Es ist notwendig, hier der Erwachsenenbildung die Selbständigkeit zuzugestehen, damit sie im Markt bestehen kann. Das ist im Sinne der Erwachsenenbildung und das ist auch im Sinne des Kantons. Wie schon bei anderen Institutionen begrüßen wir diese Schritte und unterstützen die Motion.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die EB Zürich ist eine äusserst traditionsreiche Schule mit einem sehr klaren Profil. Sie wurde 1973 von der Stadt Zürich als schweizweit erste öffentliche Institution gegründet, die sich exklusiv auf die allgemeine und berufliche Weiterbildung spezialisiert hat. 1988 wurde daraus eine kantonale Berufsschule mit verschiedenen Abteilungen. Die Schule entwickelt sich seither permanent weiter, heute bildet sie beispielsweise auch Flüchtlinge in einer Integrationsvorlehre aus. 2016 meldeten sich bürgerliche und rechtsbürgerliche Verselbständigungsturbos, notabene nicht etwa solche aus der Stadt Zürich, sondern allesamt vom Lande. Interessant ist auch, dass die drei ehemaligen Motionäre – und Rochus Burtscher ist das auch – allesamt Mitglieder von Schulkommissionen von Berufsfachschulen sind. Es fragt sich also durchaus, was hier genau die Motivation für diese Motion ist.

Rein inhaltlich wird in bekannter neoliberaler Manier eine Verselbständigungsvorlage mit dem Versprechen nach mehr unternehmerischer Freiheit für die EB Zürich zur Sicherung der längerfristigen Wettbewerbsfähigkeit im kompetitiven Markt gefordert. Also, Marc Bourgeois, ihr argumentiert genauso stereotyp, wie das vielleicht die linke Seite tut. Nichtsdestotrotz: Ihr verweist in der Motion auch auf die ähnlich gelagerten Vorlagen im Bereich der Gesundheitsversorgung und des Lehrmittelverlags. Wir alle wissen, die Zürcher Bevölkerung wollte im Mai 2017 von den Privatisierungsansinnen beim Kantonsspital Winterthur und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland nichts wissen. Hier können wir beileibe nicht von einem Misserfolg sprechen, diese beiden Institutionen sind nach wie vor – auch unter kantonaler Obhut – bestens unterwegs. Ob beim Lehrmittelverlag – über diesen haben wir heute Morgen diskutiert (*Vorlage 5522a*) – dessen Verselbständigung als Erfolg bezeichnet werden kann, diese Beurteilung überlassen wir der Zukunft. Das Versprechen nach mehr Freiheit in Ehren, zur Freiheit gehört es aber eben auch, Verantwortung zu übernehmen. Das sollte mindestens die alte Garde der FDP noch wissen. Aber nein, Ideologie geht eben auch

hier vor. Allein die beschleunigte Digitalisierung – wir haben das vorhin bereits gehört – wird dazu führen, dass sich in Zukunft Erwachsene viel häufiger auch für neue berufliche Tätigkeiten qualifizieren müssen. Der Kanton Zürich ist deshalb sehr gut beraten, wenn er hier Verantwortung übernimmt und sein Kompetenzzentrum für Weiterbildung nicht einfach aus der Hand gibt. Für faire Spielregeln im gesamten Weiterbildungsangebot kann und soll der Kanton selbstverständlich sorgen, dagegen spricht überhaupt nichts. Es ist unverständlich, weshalb die Bildungsdirektion bereit ist, diese Vorlage entgegenzunehmen.

Wir Grünen lehnen diese Motion ab und danken Ihnen dafür, wenn Sie es auch tun. Wir benötigen und wollen eine starke und innovative Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich in kantonaler Hand.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): «Mehr Freiheit für die Erwachsenenbildung», wenn ich diesen Titel lese, dann wollen sich bei mir nicht so recht Freiheitsgefühle einstellen. Vielmehr erinnert mich der Titel an den Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat», mit dem die FDP inzwischen seit mehr als 40 Jahren ihr elitäres Image korrigieren und zurück zum Wähler finden wollen, wie ein NZZ-Journalist einmal mit spitzer Feder bemerkte. Wir könnten hier nun eine spannende Diskussion über Sinn und Unsinn dieser schroffen Gegenüberstellung von Freiheit und Staat führen. Aber sind die beiden Begriffe «Kantonale Berufsschule für Weiterbildung» und «Freiheit» wirklich Gegensätze? Hat die grösste in der Schweiz von der öffentlichen Hand getragene Weiterbildungsinstitution wirklich ein Freiheitsproblem, dass sie sich nicht entwickeln könnte und das wir dringend lösen müssten? Und gewinnt die Erwachsenenbildung Zürich wirklich an Freiheit, wenn wir sie verselbständigen? Oder tauscht sie die lange Leine des Kantons durch die Verselbständigung nicht durch die kurze Kette des Wirtschaftlichkeitsdrucks aus, eine Scheinverselbständigung, in der nur noch rentable Weiterbildungen und Kurse durchgeführt werden und nicht rentable wichtige Weiterbildungen im Dienste der Integration oder für Niedrigqualifizierte dafür unter die Räder kommen?

Die EVP unterstützt daher die vorliegende Motion nicht.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich gebe Ihnen zuerst meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Präsidentin der Schulkommission der EB Zürich. Und in dieser Funktion kann ich Ihnen versichern: Die EB hat genug Freiheiten und kann mit den gegebenen Rahmenbedingungen sehr gut leben. Für den Kanton – das muss ich Ihnen sagen – wäre eine Verselbständigung kontraproduktiv. Und ich sage Ihnen sehr gern, weshalb das so ist:

Die EB Zürich befindet sich im Moment inmitten einer strategischen Neuausrichtung, die dem neuen Weiterbildungsgesetz einerseits und dem Wandel in der Arbeitswelt andererseits geschuldet ist. Angebote, die Private günstiger anbieten können, die können wir gar nicht mehr anbieten. Das machen wir auch nicht, weil die Lehrpersonen nach kantonalen Vorgaben finanziert sind. Das heisst auch, es

würde alles zu teuer. Da sind wir nicht auf dem Markt, das hat sich sehr geändert. Basierend auf den veränderten Anforderungen, werden neue Angebote entwickelt und neue Geschäftsfelder erschlossen. Wir sind also eigentlich eine Laborschule. Wir machen das in enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion und speziell dem MBA (*Mittelschul- und Berufsbildungsamt*), die ihre Wünsche aus den Weiterbildungsfeldern deponieren, die der Kanton anbieten muss. Wir haben das vorhin bei den Postulaten (*KR-Nrn. 138/2016 und 139/2016*) erlebt, die wir diskutiert haben. Ich nenne da ganz speziell die vorher gehörten Grundkompetenzen, für die wir ein Konzept entwickeln. Diese Konzepte wachsen nicht an den Bäumen, sie müssen irgendwo entwickelt werden, und genau das macht die EB. Und darum, Frau Stünzi, ist es auch nicht falsch, wenn der Kanton mitredet. Denn der Kanton braucht diese Angebote und er braucht diese Entwicklungen.

Im Jahr 2016 hat die EB bereits einen Pilotkurs der Integrationsvorlehre im Bereich Logistik durchgeführt. Sie hat damit Pionierarbeit für die Entwicklung des Ausbildungskonzeptes geleistet. Sie hat's erfunden. Die Integrationsvorlehre hat sich als sehr, sehr erfolgreich erwiesen. Gerade vorletzte Woche gab es eine Feier: 70 Absolventen in den Bereichen «Logistik», «Gleisbau» und «Gastgewerbe» – da, wo eben die Fachkräfte fehlen, lieber Herr Bourgeois – können jetzt in eine Lehre eintreten, und 80 Prozent davon haben eine Anschlusslösung gefunden. Wenn das kein Erfolg ist! Genau das braucht der Kanton und darum braucht es eine solche Schule.

Die aktuell stattfindenden fundamentalen Veränderungen in der Arbeitswelt, Stichwort «Berufsbildung 4.0», erfordern neue Weiterbildungs- und Umschulungskonzepte, wenn unsere Berufsleute nicht abgehängt und auf der Strecke liegen bleiben sollen. Genau das macht die EB. Sie positioniert sich neu als Weiterbildungs- und Entwicklungszentrum im Berufsschulbereich. Das machen andere nicht. Herr Burtscher, private Anbieter spielen da gar keine Rolle. Sie machen nicht mit. Sie kopieren gutgehende Kurse – nachher –, aber in die Entwicklung stecken sie ihr Geld nicht rein, das muss die EB leisten. Die EB macht es in intensivem Austausch mit einzelnen Firmen. Sie bietet nicht Grundkurse für alle und jeden, die das brauchen. Wenn sie beispielsweise im ICT-Bereich etwas macht, dann nur ein spezielles Angebot für eben diese Firmen. Aber das sind dringend benötigte Angebote.

Wir brauchen nicht mehr Freiheiten, aber der Kanton Zürich braucht die EB für den erfolgreichen Arbeitsmarkt und auch für die Leute, die sonst benachteiligt sind, die ihre arbeitsmarktfähige Qualifikation erhalten müssen. Das fördern wir in der EB.

Ich hoffe wirklich, dass Sie diese Motion nicht unterstützen. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Frau Guyer und Herr Hugentobler haben es bestätigt und das Credo ihrer beiden Parteien ganz klar hier dargelegt, es heisst: Mehr Staat, weniger Freiheit. Mehr Staat, weniger Freiheit, das ist richtig, das kommt nicht gut. Das kommt gar nicht gut, und das sehen wir überall dort, wo der Staat in der Wirtschaft seine Finger drin hat. Integrieren ist richtig, aber nennen

Sie mir einen Bauer bei Ihnen in der AL? Gibt es das, einen AL-Bauer? Ich habe noch nie einen Bauern gesehen, der AL wählt. Das einfach als Nebenansage. Aber vielleicht gibt's ja noch einen, dann bringen Sie ihn nächstes Mal in den Rat oder vor den Rat.

Diese Erwachsenenbildung Zürich ist eine staatliche Organisation. Und Frau Guyer, ich lade Sie ein, ich durfte das sehen, kommen Sie einmal zu meinem Kollegen Jürg Sulser, der solche Anlehen macht, gerade im Bereich der Logistik. Das ist ein Paradebeispiel eines Unternehmers, der sich – ich sage mal – um die Schwächeren kümmert und auch etwas tut.

Diese Vorlage ist richtig. Weniger Staat, mehr Freiheit – und nicht umgekehrt. Sie haben es bewiesen heute, liebe Grüne, und vor allem, liebe EVP. Liebe EVP, ich weiss nicht, ob eure Wähler wissen, was ihr hier drin heute Morgen wieder abgestimmt habt.

Esther Guyer (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Das ist lobenswert, was Sie erwähnen, was Herr Sulser macht. Bloss, die Vorlehre, die macht er nicht. Das findet an der EB statt. Dort lernen sie Deutsch, Mathematik, Branchen- und Berufskunde und auch die ICT-Kenntnisse werden da gebildet, damit sie später wenigstens bei Herrn Sulser gebraucht werden können. Und sogar Allgemeinbildung findet statt. Das ist wichtig, dass sie einen gewissen Stand haben, bevor sie dann in die Firmen gehen. Fragen Sie doch andere Firmen, fragen Sie Planzer (*Schweizer Transport- und Logistikunternehmen*). Ich weiss nicht, ob Herr Planzer grün wählt, aber die Firma ist beispielsweise sehr aktiv mit der EB an der Arbeit, und es stossen fast tagtäglich weitere dazu. Das Interesse der Firmen, die eben genau diese Personen brauchen, die Fachkräfte suchen, ist riesengross. Und jetzt erzählen Sie mir doch nicht «von wegen Staat, der macht alles falsch». Wir entwickeln diese Projekte, die der Staat braucht. Und das ist etwas, das man tun muss, da kommt man gar nicht darum herum, Herr Amrein. Ziehen Sie Ihre Brille ab oder erkundigen Sie sich vorher, bevor Sie sich wieder melden.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Liebe Esther, ich möchte einfach etwas korrigieren, das du mir so halb in den Mund gelegt hast: Wir haben uns nicht negativ über die EB oder ihr Angebot geäussert, in keiner Weise. Uns geht es nicht darum, die EB zu schwächen, auch wenn uns das in den Mund gelegt wurde. Uns geht es darum, sie so aufzustellen, dass sie zukunftsfähig ist. Wir sehen das vielleicht anders als ihr, und ich denke, es gibt einige Fallbeispiele, die uns in der Vergangenheit recht gegeben haben. Danke.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Liebe Esther Guyer, bevor du solche Worte herauslässt, erkundige dich bitte auch. Wir beschäftigen Mathematiklehrerinnen oder -lehrer, wir beschäftigen Deutschlehrerinnen oder Deutschlehrer, wir beschäftigen Coaches, die mit den Beschäftigten Projekte machen, genau das, was du vorher gesagt hast. Bevor du Hans-Peter Amrein etwas in den Mund legst, das nicht

stimmt, erkundige dich bitte bei mir, was ich mache. Und dann kannst du etwas sagen. Danke.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Wir haben es wieder vom selben Thema: Verselbständigung und Privatisierung ist nicht dasselbe. Und das Problem der EB liegt halt einfach darin, dass sie gegenüber Privaten kaum konkurrenzfähig ist. Sie braucht ihre Freiheiten, um ihre unbestrittenermassen guten Kurse, die auch mit dem Mittelschulamt zusammen definiert werden, anbieten zu können. Aus diesem Grund hat die EB einen Entwicklungsprozess durchgemacht, und zwar mit sehr empfindlichen Nebenerscheinungen. Es wurde ein Sozialplan erstellt, der den Personalbestand reduziert hat. Es wurde das Angebot neu definiert. Aber auch die EB trägt die Fesseln des kantonalen Personalrechts und des Finanzhaushaltsrechts. Und im Rahmen der Angebotsüberprüfung müsste selbstverständlich auch überprüft werden, ob eine andere Form besser wäre, beispielsweise die Form einer selbstständig-öffentlich-rechtlichen Anstalt. Deshalb können Sie die Motion ohne Weiteres überweisen und ist der Regierungsrat auch bereit dazu, zu prüfen und zu suchen, welche Form für die EB perfekt ist.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 103 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 188/2016 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist für heute erledigt.